

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Es wird folgende Nummer 2 angefügt:

- „2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat und den Magistrat auf, im Sinne einer Selbstverpflichtung dafür zu sorgen, dass in der öffentlichen Verwaltung des Landes und der Stadtgemeinden keine Werkverträge eingesetzt werden, um vorherige Regeltätigkeiten zu erledigen.“

Der bisherige Beschlusstext wird als Nr. 1 nummeriert.

Claudia Bernhard,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE